

10. VI. 1917

### Debatte über den U-Boot-Krieg in der französischen Kammer.

Bern, 8. Juni. Die Yvoner Blätter melden aus Paris: Im Verlaufe der gestrigen Kammer Sitzung erklärte Marineminister Lacaze zunächst, daß die französischen Matrosen, besonders diejenigen von Dünkirchen und Dünkirchen, großen Heldennut gezeigt hätten. (Lebhafte Protestrufe von den Bänken der äußersten Linken.) Man könne den Matrosen doch nicht vorwerfen, auf den Appell der Kanonen nicht geantwortet zu haben.

Von der Mehrzahl der Bänke ertönten laute Protestrufe.

Präsident Deschanel griff in die Debatte ein und erklärte, die Worte hätten sich nicht an die Abgeordneten gerichtet. Ein Mißverständnis sei unmöglich. (Verschiedene Abgeordnete riefen: Lacaze täte besser, die Anfrage zu beantworten.)

Lacaze führte dann aus, seine Haupt Sorge sei immer der U-Boot-Krieg gewesen. Es sei richtig, daß manchmal, wenn auf hoher See Schiffe fielen, die Küstenbewachung nicht immer ausgefahren sei, um nachzusehen, weil die Patrouillen Schiffe auf der See gewesen seien oder die Besatzungen einen Ruhetag hatten. Längs der französischen Küsten sei ein ganzes Verteidigungsnetz errichtet worden. Die Verteidigung der Nordsee und des Narmelkanals sei durch drei Geschwader schneller Schiffe gesichert, die mit Flugzeugen zusammenarbeiten. Daneben gebe es

noch Schutzgeschwader für die Schifffahrt. Im Atlantischen Ozean gebe es drei Divisionen, ein Geschwader für den Schutz der Schifffahrt, eines gegen die U-Boot-Zentren. Die Ausbildung dieser Organisation sowie des Flugwesens werde fortgesetzt. Außerdem kämen jetzt die Amerikaner zu Hilfe. Im Mittelmeer sei die Organisation mit Hilfe der Engländer, Italiener und Japaner durchgeführt worden. Lacaze erklärte ferner, seiner Ansicht nach nehme die Zahl der in Dienst befindlichen deutschen U-Boote nicht zu, dagegen würden die Mittel der Alliierten zur Bekämpfung der U-Boote wirksamer. Das französische Hochseegeschwader befinde sich in Korfu, um die Ausfahrt der österreichisch-ungarischen Flotte zu verhindern. Solange er Minister sei, werde das Geschwader auch dort bleiben.

Abg. Tissier erklärte, angesichts der Ergebnisse des U-Boot-Krieges, der einen Verlust von 1,023,000 Tonnen verursacht habe, müsse er die Admiralität der Sorglosigkeit beschuldigen. Statt Vorsorge zu treffen, sei die Admiralität von dieser neuen Kriegsführung vollkommen überrascht worden. Die neuen Fortschritte des U-Boot-Krieges ließen von neuem die Mangelhaftigkeit dieser Organisation zutage treten. Man hätte U-Boote bauen müssen, statt Kohlen und Menschenleben für Schlachtskreuzer und Panzerschiffe zu verschwenden.

Abg. Boussinot sagte, die Verluste der Handelsmarine seien sehr groß, hauptsächlich infolge der mangelhaften Begleitung durch Kriegsschiffe und infolge der durch die Matrosen begangenen Vertrauensbrüche, die Abfahrts- und Bestimmungsort der Schiffe oft bekannt werden ließen. Man habe an Bord von Hospital Schiffen deutsche Offiziere untergebracht. Wie komme es, daß französische Offiziere viel schlechter untergebracht seien als deutsche?

Marineminister Lacaze erwiderte, er werde die Angaben untersuchen lassen.

Boussinot sagte, weder die Rundschreiben noch die Anordnungen des Marineministers würden befolgt. Er kam dann auf Spanien zu sprechen und sagte, er wolle die spanische Regierung nicht verantwortlich machen, aber es seien zahlreiche Fälle von Versorgung deutscher U-Boote in den spanischen Häfen, namentlich in Bilbao, vorgekommen. Boussinot forderte den Ministerpräsidenten Ribot auf, von der spanischen Regierung die Zusicherung zu erwirken, daß sich derartige Vorfälle, die einer Neutralitätsverletzung gleichkommen, nicht wiederholen. Er verlange Strafen für Nachlässigkeit.

Die Fortsetzung der Besprechungen wurde auf heute vertagt.

Nach einigen Erklärungen des Ministerpräsidenten Ribot nahm die Kammer folgende Tagesordnung an:

Die Kammer vereinigt sich in dem gleichen Gedanken und gleicher Bewunderung und Dankbarkeit für die Seeleute der Handelsflotte und der Kriegsflotte, entschlossen, in Übereinstimmung mit den Alliierten den Kampf gegen die feindlichen Unterseeboote nachdrücklicher zu führen. Sie vertraut auf die Regierung, daß sie rasch die vom Marinekriegsausschuß verlangten Maßnahmen zur Anwendung bringt, so vor allem die Schaffung einer allgemeinen Leitung für den Unterseeboottkrieg sowie die Spezialisierung der Kriegs- und Handelsschiffe und die Ausrüstung der Schiffe, die keinen militärischen Wert besitzen, und geht zur Tagesordnung über.